

Digitalpolitische Empfehlungen für den Weg in die Legislaturperiode 2017–2021 (Koalitionsverhandlungen)

Wenn Deutschland einen globalen Spitzenplatz im Wirtschafts- und Standortwettbewerb halten und eine nachhaltige Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten will, muss die Digitalpolitik der Bundesregierung auf ein breiteres Fundament gestellt werden:

- Die **Digitalisierung und Intelligente Vernetzung der Basissektoren Energie, Gesundheit, Verkehr, Bildung und Verwaltung** sind notwendige Voraussetzungen für die Bewältigung grundlegender gesellschaftlicher Herausforderungen – sei es die Energie- und Verkehrswende, die Erreichung der Klimaschutzziele, der demografische Wandel oder die Digitalisierung in Städten und Regionen.
- Hierfür die Rahmenbedingungen zu setzen, bedeutet Daseinsvorsorge zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger. Für die neue Legislatur ist **entschlossenes Handeln und eine höhere Priorisierung** erforderlich.

Die Experten der Fokusgruppe „Intelligente Vernetzung“ des nationalen Digital-Gipfels empfehlen eine Berücksichtigung folgender Zielsetzungen im Rahmen der Regierungsbildung:

1. Ausbau Intelligenter Infrastrukturen priorisieren

Intelligente Vernetzung als eigenständiges digitalpolitisches Handlungsfeld im Koalitionsvertrag festschreiben

- Sowohl die öffentliche Wahrnehmung als auch die digitale Förderpolitik sind derzeit stark auf die Digitalisierung der industriellen Produktion (Industrie 4.0) und das Internet der Dinge (IoT) ausgerichtet.
- Die Digitalisierung der Infrastruktursektoren (Energie, Gesundheit, Verkehr, Bildung, Verwaltung) wird **bislang zu sehr fragmentiert** adressiert und erhält dadurch zu **wenig politisches Gewicht**.
- Erst auf Grundlage der digitalen Ertüchtigung und intelligenten Vernetzung der Infrastruktursektoren können Industrie 4.0-Prozesse und -Anwendungen sowie IoT tatsächlich funktionieren.
- Mehr noch – die Intelligente Vernetzung ermöglicht die umfassende Nutzung von Digitalisierungspotenzialen in allen Lebensbereichen und nimmt damit die Funktion eines übergreifenden „Enablers“ für die Daseinsvorsorge ein. Dieser fundamentale Zusammenhang sollte im Koalitionsvertrag verankert werden, um einen **klaren politischen Handlungsrahmen** für die kommenden Jahre vorzugeben.

2. Intelligent vernetzte Städte und Regionen fördern

Flächendeckende Digitalisierung in Städten und Regionen als Ziel setzen

- **Digitale Teilhabe und gleichwertige Lebensbedingungen** für alle können zukünftig nur erreicht werden, wenn Städte und Regionen die Digitalisierung an gleichen Zielen orientiert angehen. **Deutschland darf nicht zum digitalen Flickenteppich werden.** Intelligente Vernetzung muss flächendeckend in gleicher Intensität und Geschwindigkeit vorangetrieben werden.
- Eine Fortschreibung der Digitalen Agenda für Deutschland sollte daher gemeinsam getragene Zielsetzungen und Leitlinien über alle föderalen Ebenen beinhalten.
- Um diesen Anspruch deutlich zu machen, sollten im Koalitionsvertrag die **Förderung intelligent vernetzter Städte und Regionen** als Ziel formuliert und die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden.

3. Digitalisierung und Intelligente Vernetzung voranbringen

Den konzertierten Prozess konsequent angehen

- Die Digitalisierung Deutschlands kann nur im engen Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen sowie unter Einbindung von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich sein. Deutschland braucht einen **gemeinsam getragenen Digitalisierungs-Prozess.**
- Der Koalitionsvertrag sollte hierzu eindeutige Aussagen enthalten und zur Erreichung dieses Ziels eine entsprechende **Weiterentwicklung der Digitalen Agenda** und des **Digital-Gipfel-Prozesses** festschreiben.
- Weiterhin sollte die staatliche Flankierung durch die Bündelung und den **Ausbau von Digital-Kompetenzen** auf Ebene der Bundesregierung, der Verwaltung und des Parlaments verankert werden, um mit einer verbesserten institutionellen Aufstellung und Ausstattung den Transformationsprozess zu begleiten.